



(© FockeStrangmann)

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Sommerferien stehen kurz bevor. Das heißt auch für den Landtagsbetrieb, kurz durchzuschrauben und mit neuen Kräften in die zweite Jahreshälfte zu gehen. Im ersten Halbjahr haben wir viel erreicht:

Unsere Kulturszene in Oldenburg wird im laufenden Jahr mit über 1. Mio. EUR zusätzlich gefördert. Aus diesem Betrag erhalten u. a. das GLOBE und Jugendkulturarbeit Investitionszuschüsse. Aus dem Städtebauförderprogramm 2019 erhält die Stadt Oldenburg Mittel in Höhe von über 4,5 Mio. EUR. Davon wird z. B. der Fliegerhorst im Programm "Stadtumbau West" mit 2 Mio. EUR gefördert. Über die Förderung, die unsere Oldenburger Krankenhäuser und die Handwerkskammer Oldenburg in diesem Monat erhalten haben, informieren wir hier auf Seite 9 (Für Oldenburg).

Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe rückwirkend zum 1. Januar 2019 kommt. Ferner haben wir 400 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, die Investitionsmittel für Kitas um 60 Millionen Euro erhöht. Im letzten Plenum haben wir die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst rückwirkend zum 01.03.2019 für unsere Landesbeamten übernommen.

Und auch in Berlin hat sich etwas getan: Bis spätestens Mitte November soll mit Hilfe einer Mitgliederbefragung feststehen, wer für die Spitze der SPD vorgeschlagen werden soll. Die SPD-Mitglieder haben das Wort. Außerdem ist der Weg frei für eine Doppelspitze!

Wir finden das vorgeschlagene Verfahren transparent und gut und schauen optimistisch nach vorne und sind überzeugt, dass die Mitglieder die richtige Entscheidung treffen werden.

Nun wünschen wir Ihnen und Ihrer Familie einen schönen sonnenreichen Sommer.



Unsere Gesetze und Anträge im Juniplenium:

Die aktuelle Situation der SPD in Deutschland kann zu Recht als besorgniserregend beschrieben werden. Die Ergebnisse der Europawahl haben deutlich gezeigt, dass wir bei einem großen Teil der potenziellen Wählerinnen und Wählern den Anschein erwecken, keine Lösungen für die aktuellen Themen zu haben. Auch die gute Arbeit auf der Bundesebene wird somit zurzeit nicht honoriert. Nichts desto trotz können wir auch noch Wahlen gewinnen. Bei den Wahlen der Hauptverwaltungsbeamten hat sich gezeigt, dass über starke Persönlichkeiten das Wahlpotenzial und das Vertrauen in die SPD weiterhin besteht. Dies müssen wir jetzt geschlossen nach außen tragen und gemeinsam die Neuausrichtung unserer Partei gestalten.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Die Autoländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen gehen voran! – Auch das Auto der Zukunft muss in Deutschland vom Band rollen!“ möchten wir auf die Potenziale und Chancen der Neuausrichtung der Automobilbranche eingehen. Es ist uns allen klar, dass wir neue Wege im Bereich der Mobilität finden müssen. Für uns Sozialdemokraten ist es jedoch unabdingbar, dass Umweltschutz und gute Arbeit zwei Seiten einer Medaille sind und nur im Einklang miteinander zu sehen sind. Nur so kann eine neue Mobilitätsstrategie zum Erfolg führen. Dabei sind individuelle und populistische Forderungen von einzelnen Parteien, Ländern oder Konzernen destruktiv und nicht zielführend. Innovation und Fortschritt darf auch in der Entwicklung von neuen Antriebsformen nicht von Denkbarrieren blockiert werden. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt es ausdrücklich, dass sich

unser Ministerpräsident dieser Thematik länderübergreifend annimmt und mit guten Ideen auch den Wirtschaftsstandort Niedersachsen weiter fördern möchte.

Zu den Gesetzen der Landesregierung:

TOP 4 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge

Das Gesetz regelt die Aufstockung der Sondervermögen für Digitalisierung und die Sanierung der Universitätskliniken in Hannover und Göttingen aus dem Haushaltsüberschuss 2018. Somit können richtungsentscheidende Investitionen getätigt werden. In das Sondervermögen Digitalisierung fließen insgesamt 1 Milliarde Euro (2018 und 2019 jeweils 500 Millionen Euro). In das Sondervermögen Universitätskliniken fließen insgesamt 1,2 Milliarden (für das Jahr 2017 750 Millionen Euro, 2018 300 Millionen Euro und 2019 150 Millionen Euro).

TOP 5 Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021

Dieses Gesetz regelt die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten des Landes, der Kommunen des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richterinnen und Richter des Landes mit Wirkung vom 1. März 2019 (3,06 %), 1. März 2020 (3,2 %) und 1. März 2021 (1,3 %).



AUS DEM PLENUM

Zu den SPD-Gesetzen und Anträgen:

TOP 13 Erhalt seltener Nutztierassen angemessen fördern!

Kleine Betriebe mit geringen Viehdichten und Hobbyhalter prägen in besonderem Maße den Charakter in einigen Teilen unserer Kulturlandschaft. Sie erhalten diese und tragen durch die extensive Beweidung der Flächen zur Biodiversität bei. Des Weiteren erbringen sie durch den Erhalt seltener Rassen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Zu folgenden Maßnahmen fordern wir die Landesregierung auf: Züchter und Halter seltener Nutztierassen weiterhin effektiv zu fördern, wenn diese Zuchtbescheinigungen und damit die Eintragung in ein Zuchtbuch vorweisen und so zum Erhalt seltener Nutztierassen beitragen. Des Weiteren sollen Züchter, die Genmaterial seltener Nutztierassen für die Genbank landwirtschaftlicher Nutztiere bereitstellen, unterstützt sowie das Instrument der Züchterhaltungsprämien für die in Niedersachsen beheimateten und geförderten Rassen bekannter gemacht werden.

TOP 22 Carsharing und Elektromobilität voranbringen - Öffnungsklauseln für innerstädtische Parkplatzbewirtschaftung gestalten

Die Nachfrage nach Carsharingangeboten wächst insbesondere in städtischen Lagen spürbar. Gleichzeitig sorgen der Rückbau von Parkraum sowie die Innenverdichtung mit Wohnraum für eine weitere Zuspitzung des Parkplatzmangels. Mit dem am 1. September 2017 in Kraft getretenen Carsharinggesetz

hat der Bund die Grundlage für eine landesrechtliche Regelung geschaffen, um Nutzungskonflikte zwischen Anwohnerfahrzeugen und Carsharing-Fahrzeugen rechtssicher zu klären. Aufgrund dessen bittet der Landtag die Landesregierung, ein Landescarsharinggesetz vorzulegen, das unter anderem die Regelungen für Sondernutzungserlaubnisse zugunsten des stationsgebundenen Carsharings anpasst, die Berücksichtigung umweltbezogener Kriterien bei der Vergabe (z.B. Förderung der Elektromobilität) berücksichtigt sowie bei der Definition von Carsharingangeboten neben Unternehmen und Genossenschaften auch ehrenamtliche Vereine aufnimmt.

TOP 30 Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen

In Deutschland gilt für den Verkauf von gedruckten Zeitungen ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7 %. Die Online-Angebote von Zeitungen werden mit dem normalen Satz von 19 % besteuert. Diese steuerrechtliche Unterscheidung ist für die Nutzer nicht nachzuvollziehen, da Presse mittlerweile eine Mischung zwischen Print und Online ist. Der Landtag bittet die Landesregierung, eine entsprechende Gesetzesänderung auf Bundesebene zu unterstützen, die den Mehrwertsteuersatz für elektronische Veröffentlichungen auf 7 % ermäßigt.



TOP 24 Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen – Potenziale des Building Information Modelings (BIM) nutzbar machen

Die Digitalisierung im Bauwesen kann erhebliche Effizienzgewinne für das Baugewerbe erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Baugewerbes stärken. Jedoch gibt es noch zahlreiche Herausforderungen bei der Implementierung des Building Information Modeling (BIM). Es stellen sich Fragen in den Bereich des Datenschutzes, der Schnittstellenkompatibilität, aber auch der Qualifizierung und der Urheberrechte. Um dies vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels zu bewältigen, braucht es Unterstützung von Landesseite. Deswegen setzen wir uns als SPD-Landtagsfraktion dafür ein, die Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bauwesen sowie der Bauverwaltung weiterzuentwickeln und konsequent durchzuführen. Um den entsprechenden Fachkräftebedarf zu decken, müssen die Angebote an Universitäten und Fachhochschulen ebenfalls weiter ausgebaut werden. Die Pilotprojekte sollen von der Landesregierung intensiv mitbegleitet und die parlamentarischen Gremien über neue Kenntnisstände informiert werden, damit die Einführung des BIM in Niedersachsen ein Erfolg wird.

TOP 36 Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken – Sofortmaßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen

Eine zentrale Säule für eine starke Berufliche Bildung in Niedersachsen ist die Lehrkräfte- und

Unterrichtsversorgung. Die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen (BBS) hat sich im laufenden Schuljahr um 1,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 90,7 % erhöht. Dieses ist zwar eine positive Entwicklung, aber noch nicht zufriedenstellend. Wie auch an anderen Schulformen besteht im berufsbildenden Bereich akuter Fachkräftebedarf. Um hierauf individueller reagieren und eine gute Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können, müssen die Berufsschulen bei der Personalplanung flexibel agieren können und die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Zudem brauchen wir in Niedersachsen mehr grundständig ausgebildete Lehrkräfte für das Lehramt an BBSen, wozu es eines deutlichen Ausbaus an Studienkapazitäten bedarf.



Forderungen sind unter anderem ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung der Aufnahme einer Lehrtätigkeit an BBSen zu erarbeiten. Hierbei geht es insbesondere darum, den Seiten- und Quereinstieg zu erleichtern, die Einstellungsverfahren zu evaluieren und die Zugangsvoraussetzungen transparent zu gestalten. Ebenfalls soll die Kapazitätsplanung des Lehrkräftebedarfs in enger Abstimmung zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium optimiert werden, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Vorbereitungsplätzen und Studienplätzen für das Lehramt an BBSen vorzuhalten.



AUS DEM PLENUM

TOP 40 Zulassung für Medizinprodukte reformieren – Sicherheit des Patienten muss an erster Stelle stehen

Medizinische Produkte, insbesondere Implantate, werden in der medizinischen Praxis in vielen Bereichen eingesetzt. Die Qualität und Sicherheit dieser Produkte sind daher von entscheidender Bedeutung. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Hüftprothesen brechen, Brustimplantate reißen oder es zu einer Entladung des Herzschrittmachers kommt. Solche Vorfälle sind in Europa jedoch keine Seltenheit. Grund hierfür sind schwache Kontrollen von Medizinprodukten. Neben Krebserkrankungen und Schwerbehinderungen sind auch Todesfälle nicht ausgeschlossen. Jährlich müssen europaweit mehrere Zehntausende Medizinprodukte ersetzt werden. Die Folgen für den Patienten, aber auch die Folgekosten für die Krankenkassen sind enorm. Ziel muss es sein, einerseits die Zulassung von Medizinprodukten stärker zu reglementieren und andererseits den hochdynamischen Medizinmarkt mit seinen kurzen Innovationszyklen in der Medizintechnik nicht zu lähmen. Weitere Forderungen sind, dass Hochrisikoprodukte, die in den Körper implantiert werden oder Arzneimittel, die in den Körper abgeben, einen zentralisierten Marktzugang analog zur Arzneimittelzulassung bekommen. Diese Zulassung soll über die Europäische Arzneimittelagentur geschehen sowie die gesetzlichen Regeln eines staatlichen Implantate-Registers einzuführen.

TOP 48 Versorgung von Demenzkranken verbessern – Careteams im Krankenhaus einsetzen

Demenz ist ein Teil des Alterns und deshalb ist es von hoher Bedeutung, dass Menschen mit Demenz ihren

Platz in unserer Gesellschaft haben. Neben dem ambulanten Versorgungsbereich betrifft dieses auch den stationären Krankensektor. Die medizinische Betreuung von Menschen mit Demenz hat andere Bedarfe und erfordert besondere Aufmerksamkeit. Die meisten Krankenhäuser sind bisher nicht auf Demenzkranke eingestellt. Dies darf nach unserer Auffassung nicht so bleiben.



Wir fordern unter anderem den Aufbau von mobilen Careteams für die Unterstützung und Sensibilisierung in den Krankenhäusern vor Ort. Diese Teams sollen z. B. mit Beratung von Pflegefachkräften, als Orientierungshilfe für Erkrankte oder auch bei baulichen Fragen begleitend zur Seite stehen. Bei Um- und Neubauten sollen die besonderen Bedarfe von Demenzerkrankten mit in die fachliche Prüfung des Landes einbezogen und dabei insbesondere die Themen Orientierungshilfen, Beschäftigungsangebote und Raumgestaltung berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Schulungs- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte und Angehörige gemeinsam mit den zuständigen Kammern angeregt und dabei die Alzheimergesellschaft eingebunden werden.



PRANGE SPRICHT

AUS DEM PLENUM

NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Zum TOP 37: Qualifizierte Leichenschau

Im letzten Plenum ging es um den Antrag der FDP, der die Einführung der qualifizierten Leichenschau in Krankenhäusern und Altenheimen fordert.

Dazu ein Auszug aus der Rede von Ulf Prange: "Der Abschluss des Högel-Prozesses vor dem Landgericht Oldenburg stellt aus meiner Sicht eine Zäsur dar. Im Prozess ist deutlich geworden, dass nicht nur weggesehen wurde, sondern dass auch vertuscht worden. [...] Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Strafverfahren halte ich es für richtig, dass wir uns nochmal intensiv damit beschäftigen, ob die beschlossenen Regelungen ausreichend sind im Sinne einer möglichst umfassenden Patientensicherheit. Dies sind wir den Opfern und ihren Hinterbliebenen schuldig."

"Der nach Bekanntwerden der Krankenhausmorde in Oldenburg und Delmenhorst eingesetzte Sonderausschuss des Landtages hat in seinem Abschlussbericht einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf festgestellt. Der Landtag hat daraufhin im letzten Jahr das Bestattungsgesetz aber auch das Krankenhausgesetz novelliert. Ziel beider Gesetzesvorhaben war und ist die Schaffung eines dichteren Sicherheitsnetzes und damit die Verbesserung der Patientensicherheit", so Prange weiter.

Die zentralen Inhalte bzw. Änderungen der beiden Gesetzesnovellen im Überblick:

Bestattungsgesetz

- Erweiterung und Konkretisierung der

Meldetatbestände für die den Tod feststellenden Ärzte, insbesondere im Hinblick auf Todesfälle im Zusammenhang mit einer ärztlichen und pflegerischen Behandlung oder wenn ein Kind unter 14 Jahren betroffen ist.

- Weitere Unterrichts- und Dokumentationspflichten wurden ins Gesetz aufgenommen.
- Ferner wurde gesetzlich festgelegt, unter welchen Voraussetzungen und durch welche Fachärzte klinische Leichenöffnungen vorgenommen werden müssen.
- Es wurden Tatbestände geschaffen, bei denen eine Leichenöffnung ohne Einwilligung angeordnet werden kann, etwa bei Kindern unter 6 Jahren.

Krankenhausgesetz

- Einrichtung eines Fehlermeldesystems. In diesem anonymen Verfahren können Mitarbeiter alle Unregelmäßigkeiten melden. Die Fälle werden von einer unabhängigen Stelle bewertet und geprüft.
- Die verpflichtende Einführung von Mortalitäts- und Morbiditätskonferenzen in den Krankenhäusern, die alle Komplikationen, Todesfälle und schwere Krankheitsverläufe erfassen und untersuchen.
- Die Einrichtung einer Arzneimittelkommission und die Verpflichtung zum Vorhalten von Stationsapothekern. Jedes Krankenhaus muss zukünftig Stationsapothekerinnen oder Stationsapotheker in ausreichender Zahl als Beratungspersonen für die Stationen einsetzen. Diese stehen dort für arzneimittelbezogene Fragestellungen zur Verfügung.
- Um der hohen Belastung der Mitarbeiter entgegenzuwirken, muss jedes Krankenhaus einen Plan zur Unterstützung bei berufsbezogenen Belastungen erstellen.



Zum TOP 47: Niedersächsische Pflege nachhaltig stärken

Auszug aus der Rede während des Juni-Plenums von Hanna Naber zum AfD-Pflege-Antrag:

Anstatt sich ernsthaft mit den von SPD, CDU, FDP und Grünen hier bereits vorgelegten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation in der Pflege auseinanderzusetzen, statt aufmerksam zu verfolgen, welche Schritte die Bundesregierung gerade umsetzt, ist die AfD Niedersachsen im populistischen Kampagnenmodus.

Nach der zynischen Verhöhnung von Frauen, die Opfer sexueller Belästigung und Übergriffe wurden, durch die Plakataktion #Mähtoo, welche vermeintlich das Tierwohl zum Thema hat, tatsächlich aber Islamfeindlichkeit und Rassismus schürt, schimpft sich die aktuelle Aktion „Weil, es reicht“ - konzipiert übrigens vom Schriftsteller Thor Kunkel, den die Journalistin Melanie Amann vom SPIEGEL jüngst als „NPD-Mann auf Speed“ betitelt hat. Auf einem Poster lässt die AfD eine Reinigungskraft sprechen, die fragt, was ihr denn der Mindestlohn bringen würde, wenn sie drei Jobs brauchen würde, um zu überleben. Damit wird von der AfD mal wieder ein wichtiges Thema pervertiert, denn die AfD ist die Partei, die sich auf allen Ebenen lange gegen den gesetzlichen Mindestlohn gestellt hat. Nun ist eine Positionierung pro Mindestlohn natürlich opportun.

Was sagt die AfD denn dieser Reinigungskraft? Wahrscheinlich, dass sie gerade noch Glück habe, dass die AfD nicht regiert, da Jörg Meuthen die gesetzliche Rente gerne komplett abschaffen würde. Daneben will Björn Höcke eine Zusatzrente nur für Deutsche aus der

Taufe heben. Überraschung: Bei der AfD hat man Pech, wenn man selbst kein Geld hat oder nicht Deutsch ist.

Dass Sie die Eigenanteile in der Pflege mithilfe eines – wie Sie das nennen – Bundeszuschusses tatsächlich reduzieren wollen, erscheint unglaublich. Die AfD ist die Partei, die am unkritischsten der Marktlogik folgt und nennt dies dann Eigenverantwortung. Wir sagen: Der Eigenanteil muss gedeckelt werden, und die SPD fordert hier richtigerweise, dass alle zukünftigen Kostensteigerungen von der Pflegeversicherung getragen werden müssen. Pflege, die nur aus medizinischen Gründen erfolgt, muss von der Krankenversicherung bezahlt werden. Aber das Wichtigste ist ein Systemwechsel hin zur Zusammenlegung von privater und gesetzlicher Pflegeversicherung und keine Weiterfinanzierung von einem Zwei-Klassen-System.

Und zu den Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, die Ihnen angeblich so wichtig sind: Das Gesetz zur besseren Bezahlung in der Altenpflege wurde diesen Mittwoch von Hubertus Heil und der SPD ins Bundeskabinett eingebracht. Dieses führt in jedem Fall zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen in der Altenpflege. Der Weg für den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales wird hier freigemacht.

Alles in allem halte ich es mit der Arbeitsgemeinschaft Junge Pflege des DBfK (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe) Nordwest: „Was wir also nicht wollen sind Rechtspopulismus und Extremismus. Deshalb sagen wir: „AfD geht für Pflegende gar nicht!“ [...] Was auf keinen Fall passieren darf, ist, die AfD aus Protest unreflektiert zu wählen.“



**EVERSTENER
BRUNNENLAUF**



alle Bilder von: MoX_RS

EINDRÜCKE VOM DIESJÄHRIGEN EVERSTENER BRUNNENLAUF



Wildbienen - unverzichtbar, aber leider hochbedroht!

Bienen sind wichtige Bestäuber von Pflanzen. Doch viele Wildbienenarten sind vom Aussterben bedroht. Wir Menschen sind die Ursache für den Rückgang der Wildbienen, denn wir haben unsere Landschaften verändert. Beschaffung von Wohnraum ist nur einer der Gründe, die für den Verlust wildbienenfreundlicher Lebensräume verantwortlich sind. Wenn wir nun alle im Rahmen unserer Möglichkeiten einen kleinen Teil dazu beitragen, den Bienen ihren Lebensraum zurückzugeben, können wir schon viel erreichen.

Die Mitarbeiter der Landtagsabgeordnetenbüros von Hanna Naber und Ulf Prange sowie die Mitarbeiter aus dem Büro des Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde haben in ihrer Freizeit im Garten der SPD-Büros in der Huntestraße einen bienenfreundlichen Bereich geschaffen.

Gemeinsam haben sich die Mitarbeiter an einem Samstag im Juni getroffen, um ein Rasenstück abzutragen und dort eine Wildblumenwiese von knapp 10 qm entstehen zu lassen.



Oldenburger Bürgerbrunch auf dem Cäcilienplatz

Beim diesjährigen Bürgerbrunch der Oldenburgischen Bürgerstiftung sind wieder Spenden gesammelt worden für die Schultütenaktion. Die Stiftung sorgt dafür, dass Kinder unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familie eine Erstausrüstung für die Schule erhalten.

Dazu wird jedes Jahr ein Bürgerbrunch veranstaltet - in diesem Jahr zum ersten Mal auf dem Cäcilienplatz. Auch Hanna Naber, Ulf Prange und viele weitere SPD-Mitglieder waren dabei und genossen bei herrlichem Wetter ein ausgiebiges Frühstück.





1,2 Millionen EURO Landesmittel für Handwerkskammer Oldenburg

Am 13. Juni 2019 hat Kultusminister Grant-Hendrik Tonne (SPD) einen Förderbescheid in Höhe von 1,2 Millionen Euro an die Handwerkskammer Oldenburg überreicht. Damit fördert das Land Niedersachsen die Kurse der sog. Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) jeweils hälftig durch Landesmittel und Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch Investitionen in die überbetrieblichen Bildungsstätten.

„Die SPD-geführte Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewusst. Mit der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung wird die bestmögliche und breiteste Grundausbildung im Handwerk vermittelt, die es weltweit gibt. Zudem werden gezielte Spezialisierungen in Zeiten des zunehmenden Wettbewerbs und der Digitalisierung notwendig – auch hier ist die ÜLU unverzichtbar. Wir sind hocherfreut, dass die Handwerkskammer Oldenburg in diesem Bereich weiterhin mit Landesmitteln unterstützt wird“, so die Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange.



Oldenburger Krankenhäuser erhalten 11,5 Millionen EURO aus dem Krankenhaus- Investitionsprogramm 2019

Der Niedersächsische Krankenhausplanungsausschuss hat sich auf Investitionsmaßnahmen an 19 Klinikstandorten mit einem Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro geeinigt.

„Mit unseren Investitionszuschüssen bringen wir wichtige Krankenhausprojekte in ganz Niedersachsen voran“, sagte Dr. Carola Reimann, die dem Planungsausschuss vorsteht: „Die Fördermittel fließen gezielt in die Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in den Regionen. Für Niedersachsens Patientinnen und Patienten soll auch in Zukunft eine hochmoderne und gut aufeinander abgestimmte stationäre Versorgung bereitstehen, die Kliniken müssen zudem gut erreichbar sein.“

Mit den Geldern des Investitionsprogramms 2019 werden seitens des Landes in Oldenburg das Klinikum, das Evangelische Krankenhaus sowie das Pius-Hospital gefördert. Das Klinikum erhält für die Erweiterung der Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie eine Förderung von 2 Mio. Euro. Das Evangelische Krankenhaus und das Pius-Hospital erhalten eine Förderung für den Neubau einer gemeinsamen Zentralsterilisation. Das Fördervolumen 2019 beträgt 9,5 Mio. Euro.

„Es freut uns, dass wir mit dieser Förderung die bauliche Situation an Oldenburgs Kliniken deutlich verbessern. Damit stärken wir den Gesundheitsstandort Oldenburg. Das kommt Beschäftigten und Patientinnen und Patienten gleichermaßen zugute“, so Naber und Prange.



25 JAHRE
CSD IN OLDENBURG



EINDRÜCKE VOM DIESJÄHRIGEN CSD IN OLDENBURG



NABER UND PRANGE LADEN EIN ZU GAST IM LANDTAG

Oldenburger Schüler besuchen Abgeordnete

Auf Einladung der SPD-Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange ging es für 23 Schülerinnen und Schüler der Klasse 10d der IGS Flötenteich aus Oldenburg am Mittwoch, den 19. Juni zu einem Tagesausflug in die Landeshauptstadt Hannover.

Die Klasse lernte die facettenreiche Arbeit der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages kennen. Nach einer interessanten Stunde im Plenum konnten die Zehntklässler ihre Fragen an die Oldenburger SPD-Abgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange stellen. Besonders am Herzen lagen den Schülern die Themen Umwelt und Klimaschutz. Wie kann man unsere Gewässer schützen? Sind E-Autos wirklich eine Alternative?

Hanna Naber und Ulf Prange zeigten sich erfreut über den Besuch der IGS Flötenteich. „Wir freuen uns immer über junge Besucherinnen und Besucher des Landtages, denn es ist wichtig, den jungen Menschen vor Ort zu zeigen, wie unsere Demokratie und das Parlament funktionieren“, resümiert Ulf Prange.

Regelmäßig führen wir gemeinsam Tagesfahrten nach Hannover durch, um den Oldenburgerinnen und Oldenburgern die Arbeit im Landtag näherbringen zu können. Zum Programm gehören der Bustransfer, ein Tribünenbesuch während der laufenden Sitzung und eine Diskussionsrunde mit den Abgeordneten. **Die nächste Fahrt findet am 11. September statt.** Bei Interesse genügt ein kurzer Anruf oder eine formlose E-Mail.



Schülerinnen und Schüler der IGS Flötenteich mit Hanna Naber, Ulf Prange und der CDU-Abgeordneten Esther Niewerth-Baumann

Der nächste *Rote Brief*
erscheint im August!

**SCHÖNE
SOMMERFERIEN!**



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
ulfprange
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13
E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 28. Juni 2019

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Theis Hellmann,
Haiko Meents & Yannoh Mügge